

Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung am 14.01.2025

Sitzungsort:	Rathaus, Raum 225, Ratssitzungssaal, Fischmarkt 1, 99084 Erfurt
Beginn:	17:00 Uhr
Ende:	18:37 Uhr
Anwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Abwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Sitzungsleiterin: Schriftführer/in:	Frau Schwarz 

Tagesordnung:

I.	Öffentlicher Teil	Drucksachen- Nummer
1.	Eröffnung und Begrüßung	
2.	Änderungen zur Tagesordnung	
3.	Dringliche Angelegenheiten	
4.	Genehmigung der Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung vom 15.10.2024	2068/24
5.	Behandlung von Anfragen	

5.1.	Erfurter Tafel e.V. - Ausgabestelle am Jakob-Kaiser-Ring Fragesteller: Fraktion CDU, Frau Tallai hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit; Geschäftsführer der Erfurter Tafel e.V.	1825/24
5.2.	AGATHE – Älter werden in der Gemeinschaft Fragesteller: Fraktion CDU, Frau Pietsch hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit	1839/24
5.3.	Aktualisierung Erfurter Psychiatriebericht Fragesteller: Fraktion Mehrwertstadt, Frau Rötsch hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit	2089/24
6.	Behandlung von Entscheidungsvorlagen	
6.1.	Förderung sozialräumlicher Projekte der freien Wohlfahrtspflege nach der FRLSozialesEF im Jahr 2025 BE. Leiter des Amtes für Soziales	2461/24
6.2.	Förderung von sozialen Einrichtungen auf Grundlage der Förderrichtlinie Soziales (FRLSozialesEF) BE. Leiter des Amtes für Soziales	2478/24
7.	Vorberatung von Entscheidungsvorlagen des Stadtrates	
7.1.	Einführung eines Seniorenpasses BE: Vertreter der Fraktion CDU hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit	0725/24
7.1.1.	Antrag der Fraktion CDU zur Drucksache 0725/24 - Einführung eines Seniorenpasses BE: Vertreter der Fraktion CDU	0910/24
7.2.	Keine Zeltlager in Erfurt: Taskforce für eine menschenwürdige Unterbringung von Geflüchteten in Erfurt BE: Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit	1817/24

7.3.	Ohne Hebammen keine stillfreundliche Kommune – Für die Schaffung einer Stillbeauftragten für Erfurt BE: Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit	2084/24
7.3.1.	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zur Drucksache 2084/24 - Ohne Hebammen keine stillfreundliche Kommune – Für die Schaffung einer Stillbeauftragten für Erfurt BE: Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	0101/25
7.4.	Evaluation des Seniorenberichtes 2018 BE: Leiter des Amtes für Soziales	2459/24
7.5.	Aktionsplan Kinderarmut BE: Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit	2524/24
8.	Informationen	
8.1.	Jahrestätigkeitsberichte der Stabsstelle Gesundheitsplanung des Gesundheitsamtes BE: Leiterin des Gesundheitsamtes	1968/24
8.2.	Aktueller Stand zur Fortführung des gemeinwesenorientierten Projektes Th.INKA Erfurt BE: Leiter des Amtes für Soziales	2458/24
8.3.	Bericht zur Umsetzung der Einführung eines Seniorenpasses in der Landeshauptstadt Erfurt BE: Leiter des Amtes für Soziales	2479/24
8.4.	Erfurter Suchthilfestatistik 2023 der Koordinierungsstelle Psychiatrie und Sucht BE: Leiterin des Gesundheitsamtes hinzugezogen: Vertreter des Ökumenisches Suchthilfzentrum; Suchthilfzentrum Michaelisstraße; Suchthilfe in Thüringen gGmbH; Psychosoziale Beratungs-und Behandlungsstelle	2516/24
8.5.	Mündliche Informationen	
8.6.	Sonstige Informationen	

1. Eröffnung und Begrüßung

Die Vorsitzende des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung, Frau Schwarz, Fraktion Die Linke, eröffnete die öffentliche Sitzung und begrüßte die Ausschussmitglieder sowie Gäste. Sie stellte die form- und fristgemäß Einladung gem. nach § 35 II ThürKO fest. Zu Beginn der Sitzung waren 11 Mitglieder anwesend. Somit ist die Beschlussfähigkeit gem. § 36 I ThürKO gegeben.

2. Änderungen zur Tagesordnung

Die Ausschussvorsitzende Frau Schwarz, Fraktion Die Linke, informierte die Ausschussmitglieder, dass zum Tagesordnungspunkt 7.5 – Aktionsplan Kinderarmut (Drucksache 2524/24) vom Einreicher für die Beratung im SAG zurückgezogen wurde. Die Behandlung erfolgt im Jugendhilfeausschuss am 20.02.2025.

Weiterhin wurde der Vorschlag unterbreitet, den Tagesordnungspunkt 8.3 – Bericht zur Umsetzung der Einführung eines Seniorenpasses in der Landeshauptstadt Erfurt (Drucksache 2479/24) gemeinsam mit dem Tagesordnungspunkt 7.1 – Einführung eines Seniorenpasses (Drucksache 0725/24) zu beraten. Gegen diesen Vorschlag erhob sich Seitens der stimmberechtigten Ausschussmitglieder kein Widerspruch.

Als weitere Überlegung erklärte Frau Schwarz, dass der anwesende Beigeordnete für Finanzen, Wirtschaft und Digitalisierung, Herr Linnert, nur bis 18:30 Uhr anwesend sein könne, da er anschließend zu einem Folgetermin muss. Vor diesem Hintergrund sei es ratsam, die Tagesordnungspunkte 6. – Entscheidungsvorlagen und 7. Vorberatung von Entscheidungsvorlagen vorzuziehen. Diese Änderung der Tagesordnung wurde einstimmig bestätigt.

Die Ausschussmitglieder stimmten abschließend einstimmig für die geänderte Tagesordnung.

3. Dringliche Angelegenheiten

4. Genehmigung der Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung vom 15.10.2024 2068/24

Es lag ein schriftlicher Antrag zur Änderung der öffentlichen Niederschrift des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung vom 15.10.2024, zur Drucksache 1585/24, Seite 11, Absatz 4 wie folgt vor.

~~Abschließend verwies die Leiterin des Gesundheitsamtes auf das eigens durch die Landeshauptstadt Erfurt erarbeitete „Suchtpräventionskonzept“, welches eben genau die Einführung und die Betreibung von sogenannten Konsumcannabisabgabestellen in einem Stufenplan thematisiert. Sie informierte die Ausschussmitglieder über den Tagungskalender des Arbeitskreises und prognostizierte die Vorstellung neuer Erkenntnisse für das erste Quartal 2025.~~

neu:

„Abschließend verwies die Leiterin des Gesundheitsamtes auf das städtische "Suchtpräventionskonzept" und den regelmäßig dazu tagenden Arbeitskreis Suchtprävention, der alle erforderlichen Akteure (Gesundheits-, Sicherheits-, Ordnungsbehörden, Freie Träger etc.) vereint. Sie schlägt vor, das Modellvorhaben mit den konkreten Details dort vorzustellen. Der Arbeitskreis kann dann eine Empfehlung abgeben wie weiter damit umzugehen ist und in welchem Gremium.“

Gegen den beantragten Wortlaut erhob sich Seitens der Ausschussmitglieder kein Widerspruch. Weitere mündliche oder schriftliche Einwände zur Niederschrift wurden nicht hervorgebracht. Folglich stellte die Ausschussvorsitzende die Niederschrift mit der o.g. Änderung zur Abstimmung.

Nach dem Tagesordnungspunkt wurde wie unter TOP 2. vereinbart der TOP 6 aufgerufen.

genehmigt mit Änderungen Ja 8 Nein 0 Enthaltung 4 Befangen 0

5. Behandlung von Anfragen

- 5.1. Erfurter Tafel e.V. - Ausgabestelle am Jakob-Kaiser-Ring 1825/24**
Fragesteller: Fraktion CDU, Frau Tallai
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit;
Geschäftsführer der Erfurter Tafel e.V.

Nach Aufruf der Angelegenheit informierte die Vorsitzende, Frau Schwarz, Fraktion Die Linke, die Ausschussmitglieder über die Anwesenheit des Geschäftsführers der Erfurter Tafel e. V. Sie bat die stimmberechtigten Ausschussmitglieder sodann um Erteilung des Rederechts. Dieses wurde einstimmig erteilt.

Die Ortsteilbürgermeisterin des Roten Bergs, Frau Rothe, informierte über die Begebenheiten des Standortes der Erfurter Tafel e.V. in einer Wohnung der KoWo - Kommunale Wohnungsgesellschaft mbH Erfurt. Die Ausgabestelle sei einem desolaten Zustand, deren Hygienestandards – vor dem Hintergrund der Lebensmittelausgabe – nicht mehr tragbar seien. Trotz Gesprächsversuchen mit den zuständigen Mitarbeitern der Ausgabestelle habe sich an der Situation nichts verändert, fuhr Frau Rothe mit ihren Ausführungen fort. Zudem

¹ Mail von Leiterin des Gesundheitsamtes vom 14.01.2025 der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt

überreichte sie Fotos, welche den Zustand des Treppenhauses dokumentierten. Darüber hinaus wurde kritisiert, dass die Angaben über die Öffnungszeiten auf der Internetseite des Vereins offensichtlich nicht aktuell seien. Entgegen der Angaben wäre die Ausgabestation nicht nur noch donnerstags geöffnet und nicht wie angegeben auch am dienstags.

Hierzu entgegnete der sachkundige Bürger, Herr Kemnitz, dass es sich bei der Erfurter Tafel e.V. um einen privaten, gemeinnützigen Verein handle, auf welchen die Verwaltung der Stadtverwaltung Erfurt keinen Einfluss nehmen könnte. Der Leiter des Amtes für Soziales ergänzte, dass der Verein seit 1996 tätig sei und lediglich Zuschüsse der Landeshauptstadt Erfurt erhalte. Grundlegend seien gemeinnützige Vereine immer auf ehrenamtlich engagierte Bürger angewiesen, um ihre Arbeit durchzuführen.

Auf die geäußerte Kritik eingehend erwiderte der Geschäftsführer der Erfurter Tafel e.V., dass man kurz vor der Aufgabe des Standorts stand, da keine Ehrenamtlichen mehr gefunden werden konnten. Da man aber am Objekt festhalten wollte, wurden die Betreuung des Standortes an externe Dienstleister abgegeben. Leider war dies aber auch der Grund negative Entwicklung des Objektes. Nachdem die Missstände dem Verein zugetragen wurden, habe man alle Aufgaben wieder ins Vereinshand genommen und jegliche Mängel beseitigt. Hinsichtlich des Internetauftritts verwies der Geschäftsführer auf eine kürzlich stattgefundene Aktualisierung der Öffnungszeiten in der vergangenen Woche.

Abschließend bedankte sich Herr Möller, Fraktion SPD & PIRATEN für die wichtige und notwendige jahrelange Arbeit des Vereins Erfurter Tafel e.V.

zur Kenntnis genommen

- | | | |
|-------------|--|----------------|
| 5.2. | AGATHE – Älter werden in der Gemeinschaft | 1839/24 |
| | Fragesteller: Fraktion CDU, Frau Pietsch | |
| | hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit | |

Die Fragestellerin, Frau Pietsch, Fraktion CDU, bedankte sich für die umfassende Arbeit und betonte, dass dennoch zu erkennen sei, welche Unterschiede bei den Angeboten in den Stadtteilen zu sehen sind, sofern sie sich im Stadtgebiet oder ländlichen Gegenden befänden.

zur Kenntnis genommen

- | | | |
|-------------|--|----------------|
| 5.3. | Aktualisierung Erfurter Psychiatriebericht | 2089/24 |
| | Fragesteller: Fraktion Mehrwertstadt, Frau Rötsch | |
| | hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit | |

Es lagen keine weiteren Fragen vor.

Nach dem TOP wurde der TOP 8 aufgerufen.

zur Kenntnis genommen

6. Behandlung von Entscheidungsvorlagen

- 6.1. Förderung sozialräumlicher Projekte der freien Wohlfahrtspflege nach der FRLSozialesEF im Jahr 2025 2461/24**
BE. Leiter des Amtes für Soziales

Wie unter dem Tagesordnungspunkt 2. – Änderung der Tagesordnung – vereinbart, erfolgte der Aufruf der Drucksache direkt nach dem Tagesordnungspunkt 4 – Genehmigung der Niederschrift.

Die Mitglieder des Ausschusses Herr Möller, Fraktion SPD & PIRATEN und Herr Neigefindt, Fraktion SPD & PIRATEN erklärten sich als befangen und nahmen nicht an der Beratung und Abstimmung teil.

Auf Nachfragen lagen keine weiteren Wortmeldungen vor. Die Ausschussmitglieder votierten sodann mit nachstehenden Ergebnis:

beschlossen Ja 4 Nein 2 Enthaltung 4 Befangen 2

Beschluss

Der Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung beschließt die Projektauswahl zur Förderung der sozialräumlichen Projekte im Jahr 2025 nach 2.2. der FRLSozialesEF gemäß Anlage 1².

- 6.2. Förderung von sozialen Einrichtungen auf Grundlage der Förderrichtlinie Soziales (FRLSozialesEF) 2478/24**
BE. Leiter des Amtes für Soziales

Die Mitglieder des Ausschusses Herr Möller, Fraktion SPD & PIRATEN und Herr Neigefindt, Fraktion SPD & PIRATEN erklärten sich als befangen und nahmen nicht an der Beratung und Abstimmung teil.

Es bestand kein Beratungsbedarf. Die Ausschussvorsitzende, Frau Schwarz, Fraktion Die Linke, bat die Ausschussmitglieder sodann über die Entscheidungsvorlage abzustimmen.

beschlossen Ja 7 Nein 2 Enthaltung 1 Befangen 2

² als Anlage 2 der Niederschrift beigelegt

Beschluss

01

Die bereits bestätigten sozialen Einrichtungen (Anlage 1) werden zur Kenntnis genommen.

02

Die in Anlage 2 aufgeführten sozialen Einrichtungen werden anerkannt. Die Förderung für das Jahr 2025 erfolgt maximal bis zur Höhe wie in der Anlage 2 aufgezeigt.

03

Die Anerkennungen für die sozialen Einrichtungen aus Anlage 1³ und 2⁴ gelten zunächst bis zum 30.12.2029.

7. Vorberatung von Entscheidungsvorlagen des Stadtrates

7.1. Einführung eines Seniorenpasses

0725/24

BE: Vertreter der Fraktion CDU

hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit

Aufgrund des thematischen Zusammenhanges erfolgte eine gemeinsame Behandlung der Angelegenheit mit dem öffentlichen Tagesordnungspunkt 8.3 – Drucksache 2479/24 - Bericht zur Umsetzung der Einführung eines Seniorenpasses in der Landeshauptstadt Erfurt sowie dem eingereichten Änderungsantrag der Fraktion CDU – Drucksache 0910/24 (vgl. hierzu den Tagesordnungspunkt 2 – Änderung der Tagesordnung).

Als Vertreterin der einreichenden Fraktion CDU, zog Frau Pietsch die Drucksache 0725/24 nebst Änderungsantrag (Drucksache 0910/25) eingangs zurück. Folglich gab es lediglich die Drucksache 2479/24 die zur Beratung stand. Herr Möller erinnerte an die konstituierende Sitzung des Ausschusses am 15.10.2024 in welcher die Einführung eines Seniorenpasses bereits ausgiebig diskutiert wurde. Hierbei verständigten sich die Beteiligten dahingehend, dass ein grundlegendes Konzept fehle, welches das Vorhaben klar definiere. Zudem fehle es leider immer noch an einer Schnittstelle, welche die seniorenpolitischen Leitlinien in die Gesamtstrategie miteinfließen lasse, schloss Herr Möller seine Ausführungen ab.

Die Kritik aufnehmend erklärte der Leiter des Sozialamtes, Herr Schellenberg, dass tatsächlich ein Ungleichgewicht in Bezug auf die Stellungnahme vorliege. Dennoch würde das Konzept kontinuierlich fortgeschrieben werden. Grundlegendes Ziel solle zudem die Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe sein. Das Bindeglied „Teilhabe“ stelle zudem ein umfassendes Informationsmittel dar.

³ als Anlage 3 der Niederschrift beigefügt

⁴ als Anlage 4 der Niederschrift beigefügt

Auch der sachkundige Bürger, Herr Kemnitz, betonte, dass man der Schaffung eines Seniorenpasses grundlegend positiv gegenüberstehe, aber die Ausarbeitungen zum jetzigen Zeitpunkt schlichtweg zu schwach untermauert seien. Vor dem Hintergrund der noch nicht vorliegenden vertiefenden Planungsziele, einigten sich die Ausschussmitglieder auf die nachstehende Festlegung:

Drucksache 0206/25	Unter Bezugnahme auf den Punkt „5. aktueller Bearbeitungsprozess / Stand und weiteres Vorgehen“ der Anlage 1 der Drucksache, wird um Nennung gebeten, welche Anbieter für den Seniorenpass angefragt wurden. Hierzu bitten die Ausschussmitglieder um konkrete Benennung, bei welchen Partnern ein konkretes Beteiligungsinteresse besteht bzw. durch welche Anbieter eine negative Rückmeldung erfolgt ist. T: 18.02.2025 V: Bürgermeister und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit
-------------------------------	--

zurückgezogen

- 7.1.1. **Antrag der Fraktion CDU zur Drucksache 0725/24 - Einführung eines Seniorenpasses** **0910/24**
BE: Vertreter der Fraktion CDU

zurückgezogen

- 7.2. **Keine Zeltlager in Erfurt: Taskforce für eine menschenwürdige Unterbringung von Geflüchteten in Erfurt** **1817/24**
BE: Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit

Als Vertreterin der einreichenden Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, bat Frau Wuttig um nähere Informationen hinsichtlich des in der vergangenen Sitzung angekündigten „Jour Fixe“ der Wohnungswirtschaft.

Hierzu erinnerte der Leiter des Amtes für Soziales an den bekanntermaßen allgemein sehr angespannten Wohnungsmarkt. Leider seien die vorgelegten Angebote durchweg übersteuert und somit nicht nutzbar. Der Beigeordnete für Finanzen, Wirtschaft und Digitalisierung, Herr Linnert ergänzte, dass es eine gemeinsame Aufgabe der Verwaltung sei allgemein Lösungen bzgl. der seit längeren herrschenden Wohnraumsituation zu finden. Auf Nachfragen, welche Objekte in den vergangenen drei bis vier Jahren durch die Stadtverwaltung genutzt wurden, erfolgte durch den Leiter des Amtes für Soziales sowie den Referenten des Dezernates für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit eine kurze Aufzählung der größeren Objekte und den Verweis auf eine bereits im Hauptausschuss halbjährliche Be-

richterstattung hinsichtlich des Sachstandes zu in Erfurt lebenden Geflüchteten bzw. der von der Landeshauptstadt Erfurt angemieteten Unterbringungsobjekte.
Vor diesem Hintergrund einigten sich die Ausschussmitglieder abschließend auf die folgende Festlegung:

Drucksache 0207/25	Im Hinblick auf die Stellungnahme der Verwaltung bzgl. der regelmäßigen Sachstandsmitteilung zu angemieteten Objekten für Geflüchtete sowie unter Bezugnahme auf die bereits im Hauptausschuss regelmäßig stattfindende Berichterstattung gem. Drucksache 2678/24 (...regelmäßige Information zur aktuellen Situation der Flüchtlingsunterbringung...), bittet der Ausschuss dennoch um Auflistung, welche Objekte seit 2021 durch die Stadtverwaltung für Geflüchtete angemietet wurden. T: 18.02.2025 V: Bürgermeister und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit hinzugezogen: Beigeordneter für Bau und Verkehr
-------------------------------	---

vertagt

- 7.3. Ohne Hebammen keine stillfreundliche Kommune – Für 2084/24
die Schaffung einer Stillbeauftragten für Erfurt
BE: Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für So-
ziales, Bildung, Jugend und Gesundheit**

Unter Bezugnahme auf die Stellungnahme des Jugendamtes sei ein reger Diskussionsbedarf erforderlich, ergriff Frau Wuttig als Vertreterin der einreichenden Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN das Wort. Weiterhin stellte sie die anwesende sachkundige Bürgerin der Fraktion, Frau Nettelroth vor, welche in ihrer beruflichen Ausübung als Hebamme durchaus vertiefende Fachexpertise mit ein fliesen lassen wird.

Grundsätzlich kritisch betrachtete hingegen Herr Möller, Fraktion SPD & PIRATEN die Zuständigkeit des Ausschusses. Er verwies hierzu auf die Kinder- und Jugendhilfe, welche für alle Bereiche rund um Schwangerschaft, Geburt und der Betreuung von Gebärenden als Fachabteilung des Jugendamtes zuständig ist. Vor diesem Unter anderem unter Verweis auf den § 16 des SGB VIII sei der Jugendhilfeausschuss für dieses spezielle Ressort fachlich das zuständige Beschlussgremium, welches über Maßnahmen und Förderungen dieses Bereichs zu beschließen habe.

Auch Frau Pietsch, als Vertreterin der Fraktion CDU teilte die Argumentation ihres Vorredners und sah ebenfalls die Zuständigkeit beim Jugendhilfeausschuss.

Aufgrund der aufgeworfenen Fragen hinsichtlich der fachlichen Zuständigkeit, erläuterte der Referent Dezernatskoordination/ Sitzungsdienst die formellen Rechtsgrundlagen und mögliche Vorgehensweise entsprechend § 14 Abs. 1 GeschO.

Abschließend ergänzte die Leiterin des Gesundheitsamtes, dass wie bereits korrekt dargestellt, die Federführung im Bereich Hebammenleistungen beim Jugendamt liegt und das Gesundheitsamt kooperativ Zuarbeit leistet.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, bat die Ausschussvorsitzende, Fraktion Die Linke, Frau Schwarz, die stimmberechtigten Ausschussmitglieder über die Zurückverweisung der Beschlussvorlage wegen Unzuständigkeit abzustimmen:

Ja 11 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

7.3.1.	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zur Drucksache 2084/24 - Ohne Hebammen keine stillfreundliche Kommune – Für die Schaffung einer Stillbeauftragten für Erfurt BE: Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	0101/25
---------------	---	----------------

7.4.	Evaluation des Seniorenberichtes 2018 BE: Leiter des Amtes für Soziales	2459/24
-------------	--	----------------

Eingangs sprach Herr Möller, Fraktion SPD & PIRATEN, seinen großen Dank bzgl. des umfangreichen Berichts aus. Man könne deutlich erkennen, dass geplante Maßnahmen an verschiedensten Stellen positiv umgesetzt werden konnten. Ebenso sei es erfreulich, dass eine Fortschreibung dieser angedacht ist. Weitere Fragen wurden Herrn Möller aufgeworfen. Es wurde im Auskunft gebeten, ob ein dritter Standort bzgl. des Projektes AGATHE geplant sei bzw. ob zukünftig eine stadtteil- bzw. zielgruppenbezogene Seniorenarbeit angedacht ist. Wegen eines weiteren Standortes seien die gem. der Richtlinie des Freistaates Thüringens alle Fördermöglichkeiten ausgeschöpft, erläuterte der Leiter des Amtes für Soziales. Eine Förderung sozialräumlichen Agierens sei zudem zukünftig durchaus Anspruch und Zielsetzung. Durch Frau Pietsch wurden die Arbeitsabläufe bzgl. der Postverteilung an die Seniorenclubs hinterfragt. Hierzu erläuterte der Leiter des Sozialamtes die Hintergründe der Verfahrensabläufe.

An der weiteren Beratung beteiligten sich zudem Frau Tallai, Fraktion CDU, die sachkundigen Bürger Frau Wagner und Herr Kemnitz:

Auf Nachfragen, ob es wegen der momentanen Mittelsperre auch Beeinträchtigungen bei den Zuschüssen gäbe, konnte mitgeteilt werden, dass diese nicht betroffen seien. Hinsichtlich des Konzept zur Errichtung eines Pflegestützpunktes wurde um Auskunft gebeten, ob bereits Zeitschiene erarbeitet wurde und wie die Einbindung des Seniorenbeirates angedacht ist.

Hierzu gab der Leiter des Amtes für Soziales zu bedenken, dass in der Landeshauptstadt Erfurt mehr als 50.000 Bürgerinnen und Bürger über 65 Jahre leben. Die Errichtung eines Pflegestützpunktes würde von den Pflegekassen unterstützt werden, ist aber nach dem derzeitigen Stand kaum umsetzbar. Anfragen rund um das „Pflegenetz“ seien verstärkt angestiegen, so dass man bereits die Kapazitätsgrenze erreicht habe. Es sei nun daran adäquate Lösungsansätze zu finden, da die „Stadt“ zunehmend älter werde und diese Maßnahmen zunehmend notwendiger sind. Aufgrund dieses Umstandes habe man sich bereits mit dem zuständigen Ministerium in Verbindung gesetzt.

Abschließend wurde das Thema öffentliche Toiletten angesprochen sowie die Frage, weswegen es in diesem Bereich keine Weiterentwicklungen gibt. Durch den Leiter des Amtes für Soziales entgegnete, dass dieses Thema nicht nur den Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung (SAG) beschäftige, sondern bereits in anderen Fachausschüssen als Problemfeld erkannt wurde. Der Beigeordnete für Finanzen, Wirtschaft und Digitalisierung, Herr Linnert, entgegnete, dass es grundlegend an Platz im Innenstadtbereich fehle. Zudem müssen öffentliche Toiletten zu bestimmten Zeiten geschlossen werden, um z. B. Vandalismus entgegen zu wirken. Vor dem Hintergrund der Notwendigkeit öffentlicher Toiletten wurde die Initiative „Nette Toilette“ ins Leben gerufen, an welcher sich erfreulicherweise eine Vielzahl an Gastronomen in der Altstadt beteiligen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, stellte die Vorsitzende die Drucksache zur Abstimmung.

bestätigt Ja 5 Nein 0 Enthaltung 6 Befangen 0

- | | | |
|-------------|--|----------------|
| 7.5. | Aktionsplan Kinderarmut | 2524/24 |
| | BE: Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN | |
| | hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit | |

Siehe Tagesordnungspunkt 2 – Änderungen zur Tagesordnung

Wie unter TOP 2 vereinbart, wurde anschließend der TOP 5 aufgerufen.

zurückgezogen

8. Informationen

- | | | |
|-------------|---|----------------|
| 8.1. | Jahrestätigkeitsberichte der Stabsstelle Gesundheitsplanung des Gesundheitsamtes | 1968/24 |
| | BE: Leiterin des Gesundheitsamtes | |

Der Tagesordnungspunkt wurde nach dem TOP 5.3 aufgerufen.

Der sachkundige Bürger, Herr Büssow lobte die sehr gute und vor allem umfangreiche Entwicklung. Hinsichtlich des „Zukunftsforums“ bat er um Auskunft, ob bereits eine Kooperation mit Krankenkassen angestrebt wurde.

Hierzu erläuterte die Leiterin des Gesundheitsamtes die verwaltungsinternen Meetings sowie die kommenden Veranstaltungen im Jahr 2025. Für das Jahr 2026 sei zudem ein großes, öffentliches Forum geplant soweit eine Fördermöglichkeit zur Verfügung steht. Grundsätzlich soll an den Formaten zukünftig festgehalten werden. Bezüglich einer Kooperation mit Krankenkassen wurde durch die Netzwerkkoordinierungsstelle eine Evaluation erarbeitet. Die zuständige GKV-Netzwerkkoordinatorin der Stabstelle Gesundheitsplanung ergänzte, dass nach derzeitigen Stand die Angebote, wie z. B. der Bewegungsparcour oder Angebote in Einrichtungen auch von Bürgern angenommen werden, Teilnehmer gewonnen wurden, jedoch die Angebote noch nicht stark frequentiert sind. Sie informierte zudem über das Weiterbildungsangebot zum Bewegungsbegleiter am Berliner Platz, welches durch Einrichtungen aber auch Privatpersonen genutzt werden können und bereits eine sehr positive Resonanz erfahren haben.

zur Kenntnis genommen

- 8.2. Aktueller Stand zur Fortführung des gemeinwesenorientierten Projektes Th.INKA Erfurt 2458/24**
BE: Leiter des Amtes für Soziales

Herr Möller, Fraktion SPD & PIRATEN, bedankte sich für die Berichterstattung und bat um Auskunft, wann mit einer Standortsuche gerechnet werden könne. Hierzu erläuterte Der Leiter des Amtes für Soziales, dass man sehr stolz sei, dass Th.INKA Erfurt nunmehr bereits seit 2021 existiere. Das zuständige Ministerium hat das Konzeptauswahlverfahren bis zum 21.02.2025 verlängert. Es ist jetzt die Aufgabe Kofinanzierungsmöglichkeiten und weitere Voraussetzungen zu schaffen.

Die Ausschussvorsitzende, Frau Schwarz, Fraktion Die Linke, schloss die Beratung.

zur Kenntnis genommen

- 8.3. Bericht zur Umsetzung der Einführung eines Seniorenpasses in der Landeshauptstadt Erfurt 2479/24**
BE: Leiter des Amtes für Soziales

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

zur Kenntnis genommen

- 8.4. Erfurter Suchthilfestatistik 2023 der Koordinierungsstelle 2516/24**
Psychiatrie und Sucht
BE: Leiterin des Gesundheitsamtes
hinzugezogen: Vertreter des Ökumenisches Suchthilfe-

**zentrum; Suchthilfezentrum Michaelisstraße; Suchthilfe
in Thüringen gGmbH; Psychosoziale Beratungs-und Be-
handlungsstelle**

Nach Aufruf der Drucksache informierte die Ausschussvorsitzende, Frau Schwarz, Fraktion Die Linke, über die Anwesenheit der geladenen Gäste folgender Einrichtungen vor:

- Vertreter des Ökumenisches Suchthilfezentrums;
- Suchthilfezentrum Michaelisstraße;
- Suchthilfe in Thüringen gGmbH -Drogenhilfe Knackpunkt;
- Psychosoziale Beratungs-und Behandlungsstelle

Auf Nachfragen erteilten die stimmberechtigten Mitglieder den anwesenden Gästen einstimmig das Rederecht.

Das Wort wurde sodann der zuständigen Psychiatrie- und Suchtkoordinatorin des Gesundheitsamtes übergeben. Diese stellte im Rahmen einer Präsentation die Erfurter der Suchthilfestatistik 2023⁵ vor. Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, bedankte sich die Ausschussvorsitzende bei Leiterin des Gesundheitsamtes sowie ihren Mitarbeitern im Namen des gesamten Ausschusses für die umfangreiche Ausarbeitung und generell wichtige Arbeit in den vergangenen Jahren.

zur Kenntnis genommen

8.5. Mündliche Informationen

Im Vorfeld zur Sitzung wurden keine mündlichen Informationen abgefordert.

8.6. Sonstige Informationen

Hinsichtlich der aufgeworfenen Fragen bzgl. einer Bitte zur regelmäßigen Berichterstattung zur aktuellen Situation der Flüchtlingsunterbringung, verwies der zuständige Referent des Dezernates für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit auf die im Hauptausschuss bereits existierende Festlegung zur selben Thematik, unter Benennung der Drucksachen-Nummern.

Weitere Informationen lagen nicht vor.

Die Ausschussvorsitzende, Frau Schwarz, Fraktion Die Linke, beendete sodann die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung. Die Nichtöffentlichkeit wurde hergestellt.

⁵ als Anlage 5 der Niederschrift beigelegt

gez. Schwarz
Vorsitzende

gez. 
Schriftführer/in